

## **Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses**

---

|                |                                      |
|----------------|--------------------------------------|
| Sitzungsdatum: | Mittwoch, 08.11.2023                 |
| Beginn:        | 17:00 Uhr                            |
| Ende           | 18:30 Uhr                            |
| Ort:           | Sitzungssaal des Gotischen Rathauses |

---

### **Anwesenheitsliste**

#### **Oberbürgermeister**

Schröppel, Jürgen

#### **Ausschussmitglieder**

Bengel, André  
Dollinger, Anita  
Drotziger, Klaus  
Felleiter, Fritz  
Hetzner, Maximilian  
Kamm, Tobias  
Kreißl, Andreas  
Mühlöder, Manuela  
Naß, Gerhard  
Roth, Karl  
Schramm, Katrin  
Strunz, Sonja

#### **Stellvertreter**

Gruber, Heinz  
Pecoraro, Elisabeth

#### **Schriftführer**

Bethke, Lorenz

#### **Abwesende und entschuldigte Personen:**

#### **Ausschussmitglieder**

Hauber, Wolfgang  
Rother, Victor

## **Tagesordnung**

### **3. Entscheidung - öffentlich**

- 3.1 Verlängerung der Förderung der Asyl- und Migrationsberatung  
Vorlage: SG 12/057/2023

### **4. Ausschuss (vorberatend) – öffentlich**

- 4.1 Hallenbad Weißenburg: weitere Vorgehensweise  
Vorlage: OB/073/2023
- 4.2 Bekanntgaben - öffentlich

Oberbürgermeister Jürgen Schröppel eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung des Hauptausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

### 3 Entscheidung - öffentlich

#### 3.1 Verlängerung der Förderung der Asyl- und Migrationsberatung

##### Ergebnis der Erörterung:

**Oberbürgermeister Schröppel** erklärt, dass sich die Flüchtlingsthematik immer weiter zuspitzt, weshalb die Asyl- und Migrationsberatung weiter unterstützt werden soll.

**StR Hetzner** stimmt OB Schröppel zu. Gerade in der aktuellen Zeit müssen solche Hilfsangebote unterstützt werden.

**StR Drotziger** möchte wissen, wie sich die Höhe der Sachkosten zusammensetzt, da dies aus dem Antrag von Herrn Ruffertshöfer nicht erkennbar ist.

**Herr Felber (Hauptverwaltung)** erklärt, dass die Sachkosten größtenteils Büromaterial umfassen. Die Rechnungen werden aber immer über das Rechnungsprüfungsamt geprüft.

**StR Naß** vertraut auf korrekte Angaben der Diakonie und plädiert diese weiterhin zu unterstützen.

##### Beschluss:

1. Die Zusage der Stadt Weißenburg i.Bay. zur Gewährung eines freiwilligen Zuschusses für das Diakonische Werk in Höhe von **höchstens 16.000 Euro / jährlich** wird bis zum **31.07.2026** verlängert.
2. Die Mittel sind zweckgebunden für die Flüchtlingshilfe, für den Sachbedarf einer Fachstelle Asyl- und Migrationsberatung.
3. Für die Fachkraft wird ein Büro im Gebäude Pfarrgasse 2, befristet für die Maßnahme Asyl- und Migrationsberatung, zur Verfügung gestellt.

**Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0**

### 4 Ausschuss (vorberatend) – öffentlich

#### 4.1 Hallenbad Weißenburg: weitere Vorgehensweise

##### Ergebnis der Erörterung:

**Oberbürgermeister Schröppel** erklärt, dass am Vortag der Hauptausschusssitzung eine immense Kostenerhöhung aller Varianten bekannt wurde. Die neuen Kosten wurden dem Stadtrat unverzüglich per E-Mail mitgeteilt.

Aufgrund dieser Änderung am Sachverhalt, soll heute kein Beschluss gefasst werden.

**GF SW Goldfuß-Wolf** gibt einen Einblick in den aktuellen Stand der Dinge. Der Neubau von zwei Übungseinheiten auf dem Gelände des Freibades (Variante 4) hat einige über-

zeugende Argumente, weshalb diese Variante genauer beleuchtet und auf den aktuellen Stand gebracht wurde. Bei der ersten Kostenschätzung wurden die Kosten anhand von Indexwerten berechnet. Um dem Stadtrat realistischere Zahlen aufzeigen zu können, hat er die Kosten mit den aktuellen Preisen neu kalkuliert. Zudem wurde bekannt, dass um die Klimaneutralität erreichen zu können, eine Vollunterkellerung nötig ist, um die benötigte Lüftungszentrale unterbringen zu können. Hinzu kommen außerdem noch Abbruchkosten der alten Mogetissa-Therme und des bestehenden Umkleide- und Sanitärbereichs.

Für die Variante 4 ergibt sich demnach eine Kostenschätzung von aktuell knapp 21 Mio. €, netto.

Aufgrund dieser neuen Erkenntnisse wurden auch die anderen Varianten genauer betrachtet. Auch hier sind enorme Kostensteigerungen zu verzeichnen (Die Summen können der Sitzungsvorlage entnommen werden).

Allerdings können die Kosten nicht 1 zu 1 miteinander verglichen werden, da der Altbau trotz einer Sanierung niemals den Energiestandard eines Neubaus erreichen kann. In Sachen Folgekosten treten hier zwangsläufig Differenzen auf.

**Oberbürgermeister Schröppel** ergänzt hierzu noch die erwartbare Förderung, welche bei 3,4 Mio. € liegt.

Er begründet die Entscheidung bezüglich der Vertagung des Beschlusses damit, dass eine reale Gefahr einer Überlastung der Stadtwerke besteht. Zudem bleibt es nicht nur bei den Herstellungskosten. Ein Hallenbad muss über Jahrzehnte hinweg mit großen Unterhaltskosten betrieben werden und kann bei steigenden Kosten nicht einfach abgeschaltet werden. Die Stadt hat hier auch keine unendlichen Mittel, um die Stadtwerke zu unterstützen, vor allem da mit dem Sigwart-Areal und dem Neubau des Bauhofs kostspielige Projekte bevorstehen. Glücklicherweise schreibt das Krankenhaus „Schwarze Zahlen“, was sich aber auch künftig ändern könnte, was eine Erhöhung der Kreisumlage zur Folge hätte.

Da eine heutige Beschlussfassung unverantwortlich wäre, sollen sich die Stadtratsfraktionen über das weitere Vorgehen Gedanken machen. Es soll anschließend in einer Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden diskutiert werden. Eine andere Option wäre, ein Ratsbegehren durchzuführen, um den Standpunkt der Bürgerschaft mit einzubeziehen.

Abschließend gibt er einen Vergleich zu den Kosten für den Neubau der Mittelschule, welcher rund 21 Mio. € brutto gekostet hat. Außerdem sind die Unterhaltskosten einer Schule nicht mit denen eines Hallenbades vergleichbar.

**StR Gruber** spricht folgend für sich und nicht für die Fraktion der Freien Wähler. Er hält einen Neubau, bzw. die Sanierung der Mogetissa-Therme in der aktuellen Zeit für nicht tragbar.

Das Argument aus der Bevölkerung bezüglich des Schulschwimmens kann er nicht nachvollziehen, da im Freibad problemlos der Schwimmunterricht abgehalten werden kann. Auch aus ökologischer Sicht ist ein Hallenbad negativ zu bewerten und widerspricht dem Klimaschutz, welcher eine immer größere Bedeutung gewinnt. Er sieht den Landkreis gesamt, welcher für rund 90.000 Einwohner mit zwei Hallenbädern genug Angebot im Verhältnis zur Einwohnerzahl hat.

Speziell Variante 4 macht für ihn keinen Sinn, da ein reines Schwimmbecken keine Besucher anziehen würde. Einzig sinnvolle Variante ist aus seiner Sicht eine Lösung mit verschiebbarem Hallendach über dem Schwimmerbecken des Freibades. Er möchte diese Variante prüfen lassen.

**Herr Pickel (Ingenieur)** berichtet, dass in dieser Größenordnung lediglich eine Tragluft-halle möglich ist. Die Stadt Stuttgart hat ein solches Konzept getestet, ist aufgrund des hohen Energieverbrauchs mittlerweile aber wieder auf die „klassische“ Lösung zurück.

**StR Hetzner** beschränkt sich folgend ausschließlich auf den finanziellen Aspekt, welcher mittlerweile den Rahmen sprengt. Die Stadtwerke haben mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien genug Projekte vor sich und würden durch das Hallenbad stark eingeschränkt werden. Die letzten Wochen und Monate haben verdeutlicht, dass es oberste

Priorität hat, in Sachen Strom und Gas möglichst unabhängig von anderen Ländern zu werden. Den Fokus hier auf ein Hallenbad zu legen empfindet er als falsch. Außerdem gibt es mit den Bädern in Treuchtlingen und Gunzenhausen Alternativen. Man könnte kostenlose Transfers in diese anbieten oder einen Zuschuss für Schwimmkurse geben.

**StR Kamm** erklärt, dass sich die Fraktionen vor Bekanntgabe der Kostenerhöhung auf eine Lösung geeinigt hatten, was nun wieder durcheinandergeworfen wurde. Er stellt eine Kostensteigerung von bis zu 70% fest und befürchtet weitere Kostensteigerungen. Die Stadtwerke können die Summe nicht alleine stemmen, weshalb er wissen möchte, welche Abstriche die Stadt machen muss, um die Stadtwerke zu unterstützen. Ebenfalls fragt er nach der Möglichkeit eine höhere Förderung zu bekommen, wenn das Hallenbad nicht als Schulschwimmbad, sondern als Thermalbad oder Ähnliches betitelt werden würde. Außerdem fragt er nach, ob die Container, welche in Variante 4 zwischenzeitlich benötigt werden würden, bereits in der Kostentabelle einbezogen sind. Interessant wäre außerdem eine Prognose bezüglich der höheren Unterhaltskosten im Falle einer Sanierung des Altbaus im Vergleich zu einem Neubau.

**StR Bengel** stellt fest, dass aufgrund der massiven Preissteigerungen nun wieder von vorne begonnen werden muss. Jetzt muss grundsätzlich entschieden werden, ob ein Hallenbad gebaut werden soll oder nicht. Den Vorschlag von OB Schröppel bezüglich des Ratsbegehrens findet er gut.

**StRin Mühlöder** spricht sich trotz der hohen Kosten für den Bau von Variante 4 aus. Hierfür nennt sie folgenden Gründe:

- Die Stadt Weißenburg muss ein ganzjähriges Angebot für Schulschwimmen anbieten können.
- Die Bürger (besonders Senioren und kranke Menschen) haben ein berechtigtes Interesse an einer Möglichkeit zu schwimmen.
- Die Synergieeffekte mit dem Freibad wären vorhanden und sollen genutzt werden.
- Weißenburg würde im Vergleich zu Treuchtlingen und Gunzenhausen an Attraktivität für Neubürger verlieren.

**StR Roth** verweist auf die Bonität der Stadtwerke, welche bei derart hohen Krediten nach unten korrigiert werden würde.

**StRin Strunz** möchte das Projekt noch nicht aufgeben. Sie kann sich nicht erklären, wie die Gemeinde Georgensgmünd ein vergleichsweise günstiges Hallenbad bauen kann, aber Weißenburg nicht.

**Oberbürgermeister Schröppel** erklärt hierzu, dass der Anspruch einer deutlich kleineren Gemeinde wie Georgensgmünd mit Weißenburg nicht zu vergleichen ist. Ein Bad wie in Georgensgmünd ist für Weißenburg zu klein.

**StR Hetzner** empfindet ein Ratsbegehren als Flucht vor der Verantwortung. Zudem kann hierfür keine Frage formuliert werden, welche mit Ja oder Nein beantwortet werden kann.

**Oberbürgermeister Schröppel** stellt klar heraus, dass er keinen Entscheidungsvorschlag gegeben hat. Er möchte lediglich alle möglichen Varianten zur Auswahl stellen.

**StR Drotziger** merkt an, dass die Bevölkerung die neuen Zahlen erst einmal einordnen muss, um sich eine Meinung bilden zu können. Er möchte die Auswirkungen auf die Stadtwerke wissen, sollte eine solche Summe auf sie zukommen.

**Oberbürgermeister Schröppel** beantwortet die Fragen von StR Kamm:

Da die Stadtwerke die Summe von rund 15 Mio. € nicht stemmen werden können, müsste die Stadt in ihrem Haushalt Mittel dafür bereitstellen. Andere Projekte und Maßnahmen könnten dann nicht wie geplant durchgeführt werden. Die Höhe der Zuführung wäre nicht fest und würde von Jahr zu Jahr variieren.

Die für Variante 4 benötigten Container sind nicht in der Kostenaufstellung einbezogen. Ob es möglich ist, die Bezeichnung des Bades für eine höhere Fördersumme zu ändern wird geprüft.

**Herr Beck** erörtert die Bauzeiten, welche für Variante 4 ca. 40 Monate und für Variante 1 ca. 30 Monate beträgt.

**GFSW Goldfuß-Wolf** erklärt die Kostendeckung des Limesbades, welche bei rund 30% liegt. Wie die Kostendeckung eines neuen Hallenbades ausfallen würde, ist schwer abzuschätzen.

Er richtet seinen Blick auf die Energiewende, in welcher die Stadtwerke ohnehin voraussichtlich Kredite aufnehmen müssen, zum Beispiel zur Finanzierung von Wärmenetzen. Ein zusätzlicher Kredit für ein Hallenbad mit 15 Mio. € (Variante 4 abzüglich Förderung) und damit verbundenen jährlichen Zahlungen von rund 1,5 Mio. € (Tilgung und Zinsen) über 20 Jahre hinweg, würde die Stadtwerke überlasten.

**StR Drotziger** fasst zusammen, dass dann eine ähnliche Situation wie in Treuchtlingen entstehen würde, in welcher man die Stadtwerke jährlich mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt unterstützen müsste.

Die von OB Schröppel angekündigte Fraktionsbesprechung möchte er ausweiten, da in seiner Fraktion verschiedene Ansichten bestehen.

## **Beschluss:**

## **Zurückgestellt**

### **4.2 Bekanntgaben - öffentlich**

---

Anschließend findet eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Jürgen Schröppel  
Oberbürgermeister

Lorenz Bethke  
Schriftführung